

„Die Kriegswirtschaft wäre ohne ZwangsarbeiterInnen zusammengebrochen“

Interview mit Florian Freund

Wie viele ZwangsarbeiterInnen waren in Österreich während des Nationalsozialismus beschäftigt?

Freund: Man muss hier zwischen verschiedenen Gruppen von ZwangsarbeiterInnen, die in Österreich beschäftigt waren, unterscheiden: Es gab österreichische Juden und Jüdinnen in Zwangsarbeitslagern von Ende 1938 bis 1941 und zum Teil auch bis 1945. Von dieser Art der Zwangsarbeit waren ca. 20.000 Personen betroffen, die zumeist in kleineren Lagern gearbeitet haben. Der größte Teil dieser Menschen wurde vermutlich in den Vernichtungslagern ermordet. Eine weitere Gruppe, die zur Zwangsarbeit herangezogen wurde, waren die österreichischen Roma und Sinti. Bisher habe ich 15 Lager von Roma und Sinti identifizieren können, in denen sie Zwangsarbeit, vor allem für Baufirmen, geleistet haben. Es wird aber noch einiger Forschungsanstrengungen bedürfen, um mehr herauszufinden. Darüber hinaus waren In- und AusländerInnen in sogenannten Arbeitererziehungslagern – auch dazu gibt es bis heute keine systematische Untersuchung. Die größte Gruppe von ZwangsarbeiterInnen waren zivile AusländerInnen, im Herbst 1944 waren es nach den offiziellen NS-Statistiken 580.000 Menschen. Zu den ZwangsarbeiterInnen zählten selbstverständlich auch KZ-Häftlinge, Ende 1944 waren es ca. 70.000 Menschen. Auch Justizhäftlinge, vor allem jene, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, wurden zu Zwangsarbeit herangezogen. Hinzu kommen noch die Kriegsgefangenen verschiedener Nationalitäten, insbesondere aber die polnischen, sowjetischen und italienischen Kriegsgefangenen. Auch darüber liegt bisher keine Forschungsarbeit vor. Im Herbst 1944 waren es vermutlich einige 10.000 Kriegsgefangene, die als Zwangsarbeiter in Österreich eingesetzt wurden. Und schließlich sind hier die ca. 50.000 ungarischen Juden und Jüdinnen zu nennen, die vor allem beim Bau des sogenannten Südostwalls, aber auch in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gearbeitet haben. Allein im damaligen Gau Niederdonau waren sie in 75 Lagern untergebracht und haben bei 250 verschiedenen Arbeitgebern Zwangsarbeit verrichtet, in Wien waren sie auf 67 verschiedene Lager aufgeteilt und haben in 105 Betrieben gearbeitet. Die Verhältnisse bei den ungarischen Juden und Jüdinnen waren zum Teil ganz katastrophal. Ein Beispiel ist das Lager Felixdorf, das Ende Dezember/Anfang Jänner 1945 eingerichtet wurde, dort verstarben 1865 von 2087 Gefangenen, die Todesursachen waren Unterernährung, Seuchen und Misshandlungen. Das ist eine Todesrate, die bei weitem über der eines „normalen“ Konzentrationslagers liegt, abgesehen natürlich von den Vernichtungslagern, in denen fast 100 Prozent der Häftlinge ermordet wurden. Ein großer Teil der zu Kriegsende noch lebenden ungarischen Juden und Jüdinnen wurde vor der Befreiung in Todesmärschen Richtung Mauthausen und von dort weiter nach Gunskirchen getrieben. In Gunskirchen wurden ca. 15.000 bis 18.000 ungarische Juden und Jüdinnen von den Amerikanern befreit, die über die dort herrschenden Zustände völlig schockiert waren. Insgesamt muss man für den Herbst 1944 von einer Zahl von 700.000 Menschen ausgehen, die Zwangsarbeit geleistet haben. Das ist allerdings nur eine Gesamtzahl zu einem

bestimmten Zeitpunkt. Dabei ist noch nicht die Fluktuation berücksichtigt, die es bei allen Gruppen von ZwangsarbeiterInnen gegeben hat. Will man die Gesamtzahl der in Österreich beschäftigten ZwangsarbeiterInnen errechnen, so muß man zu den 700.000 im Herbst 1944 jene dazuzählen, die noch bis 1945 nach Österreich kamen, außerdem die Verstorbenen, Geflohenen oder auch jene, die in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden, weil sie krank wurden. Es wird noch eine wichtige Aufgabe der historischen Forschung sein, die Gesamtzahl zu ermitteln.

Aus welchen Ländern stammten die zivilen ausländischen ZwangsarbeiterInnen?

Die größte Gruppe, ungefähr 178.000 Menschen, waren sicherlich die sogenannten „Ostarbeiter“ und „Ostarbeiterinnen“. Die Nationalsozialisten haben immer darauf geachtet, dass auch ein relativ hoher Anteil von Frauen mitdeportiert wird. Damit wollten sie erreichen, dass die Zwangsarbeiter unter sich bleiben und möglichst keine Kontakte der ausländischen Männer zu „deutschen“ Frauen entstehen. Aus diesem Grund hat man immer versucht, zwischen 30 und 50 Prozent Frauen zu deportieren. Diese Menschen stammten vor allem aus der Ukraine, aus Russland, zum Teil auch aus Polen und aus Weißrussland. Die genaue Herkunft lässt sich jedoch nach den NS-Statistiken nicht rekonstruieren, weil sie die Nationalität der sogenannten „OstarbeiterInnen“ nicht erfassten. Aus dem > Generalgouvernement, also dem Teil Polens, der nicht in das Deutsche Reich eingegliedert wurde und der durch den Generalgouverneur Frank verwaltet war, und aus dem Bezirk Bialystok kamen am Stichtag 30. September 1944 106.000 Menschen, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, dem heutigen Tschechien, 61.000, außerdem waren zu diesem Zeitpunkt 57.000 Franzosen und Französinen, 49.000 ItalienerInnen, 33.000 JugoslawInnen und andere kleinere Nationalitätengruppen in Österreich. Aufschlußreich ist der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte, der während des Krieges stetig angestiegen ist. Berücksichtigt man nur die Zahl der zivilen AusländerInnen, waren es im Durchschnitt 25 Prozent aller Beschäftigten. Berücksichtigt man alle Gruppen von ZwangsarbeiterInnen, kommt man auf ca. 30 bis 33 Prozent aller Beschäftigten, die am 30. September 1944 zwangsweise zu Arbeit eingesetzt wurden. Die entsprechenden Zahlen für die in den einzelnen „Gauen“ eingesetzten zivilen ausländischen ZwangsarbeiterInnen sind für Niederdonau rund 32,3 Prozent, an zweiter Stelle lag die Steiermark mit 29,3 Prozent, danach Oberdonau mit 29,3 Prozent, Kärnten mit 28,7 Prozent, Salzburg mit 22,8 Prozent, Tirol-Vorarlberg mit 22,2 Prozent und Wien mit 16,7 Prozent. In diesen Zahlen sind Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, ungarische Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti und die anderen Gruppen von Zwangsarbeitskräften noch nicht enthalten. Die Verteilung der zivilen ausländischen Zwangsarbeitskräfte in den einzelnen „Gauen“ macht deutlich, wo die Schwerpunkte der Rüstungswirtschaft lagen und wo der größte Arbeitskräftemangel bestand. Daher muß man davon ausgehen, dass dort, wo es schon einen hohen Anteil von zivilen ausländischen Arbeitskräften gab, auch der Anteil von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen usw. entsprechend höher war.

In welchen Bereichen der österreichischen Wirtschaft wurden zivile und andere ZwangsarbeiterInnen eingesetzt?

Von den zivilen AusländerInnen war der größte Teil, nämlich ca. 35 Prozent aller zivilen ausländischen Zwangsarbeitskräfte nach einer NS-Statistik vom 15. November 1943 in der Landwirtschaft eingesetzt, weiters in allen kriegs- bzw. rüstungsrelevanten Bereichen, das heißt im Maschinen-, Kessel-, Apparate- und Fahrzeugbau; darunter fallen Autofirmen ebenso wie die Luftfahrtindustrie, die Eisenbahnindustrie, das heißt die Lokomotivproduktion und ähnliches, mit einem Anteil von 13,5 Prozent aller zivilen AusländerInnen im November 1943. Bau- und Nebengewerbe waren besonders wichtig, weil in der NS-Zeit sehr viele neue Fabriken, neue Kraftwerke usw. gebaut wurden. Dort gab es einen ganz besonders hohen Anteil von zivilen AusländerInnen und auch KZ-Häftlingen, für zivile ausländische Zwangsarbeitskräfte liegt die Zahl bei ca. 12,8 Prozent. In der Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung, also Kanonen-, Panzerfabrikation und ähnliches, waren 6 Prozent der zivilen AusländerInnen

ZWANGSARBEITER UND ZWANGSARBEITERINNEN IN DER „OSTMARK“. EINE ÜBERSICHT ¹**Anzahl und Nationalität der zivilen AusländerInnen in der „Ostmark“**

	Polen	Italiener	Jugoslawen	Franzosen	Ungarn	Sowjets	Protektorat
25.4.1941	40.928	15.298	20.594	589	8.258	538	n.erfaßt
10.7.1942	62.568	32.802	35.345	2.592	12.335	45.803	37.677
15.11.1943	97.382	17.800	35.131	62.303	12.018	153.310	66.553
30.9.1944	106.023	49.078	33.916	57.628	10.759	178.596	61.738

	Slowaken	Dänen	Niederländer	Belgier	Griechen	Rumänen	Bulgaren
25.4.1941	22.180	575	895	926	n.erfaßt	n.erfaßt	3.414
10.7.1942	23.799	444	2.096	2.467	n.erfaßt	n.erfaßt	n.erfaßt
15.11.1943	n.erfaßt	n.erfaßt	3.411	4.237	n.erfaßt	n.erfaßt	n.erfaßt
30.9.1944	13.213	415	3.651	17.949	10.481	2.978	6.221

	Schweizer	Sonstige	AusländerInnen in der „Ostmark“ gesamt
25.4.1941	684	13.851	12.8730
10.7.1942	n.erfaßt	44.536	30.2464
15.11.1943	n.erfaßt	75.445	52.7590
30.9.1944	861	27.133	58.0640

Beschäftigte AusländerInnen in der Ostmark am 15.11.1943²

(incl. „OstarbeiterInnen“, ohne Kriegsgefangene, auf Grund der Arbeitsbuchstatistik)

	InländerInnen	AusländerInnen	In- und AusländerInnen	AusländerInnen in Prozent aller Be-	
Wien	600.710	114.730	715.440	16,04 %	
Niederdonau	345.298	147.500	492.798	29,93 %	
Oberdonau	245.827	88.483	334.310	26,47 %	
Tirol/Vlbg	113.702	28.118	141.820	19,83 %	
Salzburg	62.049	16.819	78.868	21,33 %	
Kärnten	97.932	30.837	128.769	23,95 %	Deutsches Reich
Steiermark	242.448	86.431	328.879	26,28 %	Reich
Gesamt:	1.707.966	512.918	2.220.884	23,10 %	19,70 %

Beschäftigte AusländerInnen in der Ostmark am 30.9.1944³

(incl. „OstarbeiterInnen“, ohne Kriegsgefangene, auf Grund der Arbeitsbuchstatistik)

	InländerInnen	AusländerInnen	In- und AusländerInnen	AusländerInnen in Prozent aller Be-	
Wien	579.824	116.226	696.050	16,70 %	
Niederdonau	336.184	160.116	496.300	32,26 %	
Oberdonau	242.249	100.373	342.622	29,30 %	
Tirol/Vlbg	110.386	31.577	141.963	22,24 %	
Salzburg	63.633	18.841	82.474	22,84 %	
Kärnten	95.123	38.378	133.501	28,75 %	Deutsches Reich
Steiermark	244.504	101.485	345.989	29,33 %	Reich
Gesamt:	1.671.903	566.996	2.238.899	25,32 %	20,5 %

1 Statistik zusammengestellt nach: Der Arbeitseinsatz in der Ostmark (einschließlich der angegliederten sudetendeutschen Gebiete). Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums, Zweigstelle Österreich für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe, Jg. 1939; Der

Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Jg. 1940–1944.

2 Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Nr. 1, 31.1.1944, S. 5 ff

3 Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich, Nr. 9, Quelle: Florian Freund

beschäftigt. In der Eisen- und Metallgewinnung – darunter fallen zum Beispiel die „Hermann Göring Werke“, aus denen nach 1945 die VOEST hervorgegangen ist, Böhler u.a. – waren es 3 Prozent, und bei der Reichsbahn, den heutigen ÖBB, waren zu diesem Zeitpunkt 15.355 zivile AusländerInnen beschäftigt, also fast 3 Prozent aller zivilen AusländerInnen. Zu diesem Zeitpunkt hat es etwa auch 8900 Dienstmädchen in Österreich gegeben, die ZwangsarbeiterInnen waren, was auch eine ganz beachtliche Zahl ist. Auch die Fremdenverkehrswirtschaft hat 7522 ZwangsarbeiterInnen beschäftigt, in erster Linie in den Gauen Tirol-Vorarlberg und Salzburg.

Wieviele österreichische Firmen waren in die Zwangsarbeit involviert, welche ökonomische Bedeutung hatte die Zwangsarbeit für den Staat und für die einzelnen Firmen?

Es haben praktisch alle für die Rüstungswirtschaft relevanten Firmen in der einen oder anderen Form ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. So wäre zum Beispiel die gesamte Raketenrüstung, der Bau der sogenannten „Wunderwaffe“, ohne Zwangsarbeit, insbesondere KZ-Zwangsarbeit unmöglich gewesen. Führend bei der Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen war ganz sicher Steyr-Daimler-Puch. Wie mein Kollege Bertrand Perz erforscht hat, beschäftigte Steyr-Daimler-Puch im Herbst 1944 ca. 50.000 Personen, von denen der größte Teil zivile AusländerInnen waren. Zu diesen 50.000 sind zu diesem Zeitpunkt mindestens noch 20.000 bis 30.000 KZ-Häftlinge dazuzuzählen, die in den Statistiken üblicherweise nicht aufscheinen. Sie machten aber einen ganz erheblichen Anteil der Beschäftigten aus, die direkt oder indirekt für die Steyr-Daimler-Puch gearbeitet haben. Bei den Baufirmen ist es ganz ähnlich. Die Universale Bau AG zum Beispiel hat auch in großem Ausmaß KZ-Häftlinge beschäftigt, andere Baufirmen wiederum beschäftigten nur zivile AusländerInnen. Das war von Firma zu Firma immer wieder unterschiedlich, vor allem auf Grund der Bauprojekte, in die die Firmen involviert waren. Die Firmen selbst haben während der gesamten NS-Zeit sozusagen um Arbeitskräfte gerauft. Den meisten Privatfirmen war es vermutlich lieber, wenn es InländerInnen waren, weil sie sich dadurch die Probleme und Kosten ersparen konnten, die z.B. die Überwachung, Separierung, Ernährung der ZwangsarbeiterInnen und der Einfluß der SS bei der Beschäftigung von KZ-Häftlingen aus ihrer Sicht mit sich brachten. Aber inländische Arbeitskräfte hat es einfach nicht gegeben, weil ein großer Teil der Männer zur Wehrmacht eingezogen war und das NS-Regime die Erwerbsarbeit von Frauen nicht unbedingt forcieren wollte. Letztlich waren die ZwangsarbeiterInnen die einzige Möglichkeit, zusätzliche Arbeitskräfte zu bekommen, durch sie konnten die Firmen expandieren. Mehr Umsatz bedeutete mehr Gewinn, und ohne diese Arbeitskräfte hätten sie weder Umsatz noch Gewinn machen können. Zwangsarbeit hatte also eine ganz große Bedeutung für die einzelnen Firmen. Die gesamte Kriegswirtschaft wäre ohne den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen spätestens Ende 1941 zusammengebrochen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die ganzen ökonomischen Rahmenbedingungen auf Grund der Tatsache verändert, dass man die Wirtschaft auf einen lange dauernden Krieg umstellen musste. Insofern waren diese Menschen im wahrsten Sinne des Wortes gezwungen, zur Verlängerung des Krieges beizutragen.

Wie viele dieser ehemaligen ZwangsarbeiterInnen leben heute noch?

Wenn man eine Gesamtschätzung derer versucht, die heute noch leben, muss man sich an den Zahlen orientieren, die die „Vereinigung der durch das Dritte Reich geschädigten Polen“ durch sehr intensive Umfragen erhoben hat. Sie geht davon aus, dass heute noch ca. 25.000 Polen und Polinnen leben, die als KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, zivile AusländerInnen oder einer der anderen Gruppen zugehörig in irgendeiner Weise Zwangsarbeit in Österreich geleistet haben. Nimmt man an, dass bei anderen Nationalitäten die Überlebensrate ähnlich ist, dann kann man davon ausgehen, dass heute noch insgesamt ca. 100.000 ehemalige ZwangsarbeiterInnen leben. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Lebenserwartung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ganz unterschiedlich ist zur Lebenserwartung in

Polen, und diese ist wiederum völlig unterschiedlich zur Lebenserwartung in den westlichen Industrieländern. Diese Zahl ist also nur eine grobe Schätzung. Wir wissen es noch nicht genau, und für die Frage der Entschädigungszahlungen ist es auch nicht das Hauptproblem, außer, dass man die Gesamtkosten noch nicht genau abschätzen kann. Aber wir wissen, unter welchen Bedingungen und unter welchem Grad von Zwang die einzelnen Gruppen von Betroffenen in Österreich Zwangsarbeit geleistet haben, das ist absolut eindeutig. Bei den zivilen AusländerInnen muss man differenzieren. Es sind nicht alle Nationalitäten gleich behandelt worden. Angehörige mit dem Deutschen Reich verbündeter Nationen wurden besser behandelt, zum Beispiel KroatInnen, oder, solange Italien mit dem Deutschen Reich verbündet war, auch die ItalienerInnen. Ab Herbst 1943, mit dem Abschluss eines Waffenstillstands zwischen Italien und den Alliierten, änderte sich das radikal, und die ItalienerInnen wurden danach ganz besonders diskriminiert. Die sogenannten „WestarbeiterInnen“, sprich HolländerInnen, Franzosen und Französischen, ItalienerInnen, DänInnen wurden grundsätzlich wesentlich besser behandelt als die sogenannten „OstarbeiterInnen“ oder Polen und Polinnen. Den Nationalsozialisten ist es gelungen, eine rassistisch hierarchisierte Gesellschaft aufzubauen, die im Sinne der Machthaber „sehr gut“ funktioniert hat. Sie hat unter aktiver Beteiligung eines Teils der Bevölkerung funktioniert, zumindest aber unter Billigung einer Mehrheit, ohne dass es notwendig war, sich selbst daran zu aktiv zu beteiligen.

Haben ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Österreich bisher Entschädigung erhalten?

Meines Wissens nicht. Es haben nur jene eine Entschädigung erhalten, die österreichische StaatsbürgerInnen waren. Sie haben ihre Haftzeiten entschädigt bekommen, nicht aber die Arbeitsleistung, die sie damals erbracht haben. Die zivilen AusländerInnen und auch alle anderen Gruppen wurden von österreichischer Seite weder für die Haftzeiten noch für die Arbeit entschädigt, die sie geleistet haben. Einige österreichische Firmen haben allerdings nun die Bereitschaft bekundet, den ehemals bei ihnen beschäftigten ZwangsarbeiterInnen eine Entschädigung zu zahlen.

Warum und auf Grund welcher Rechtslage wurden sie bisher nicht entschädigt?

Österreich hat sich erstens nie als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gesehen, was formal auch dem Völkerrecht entspricht. Allerdings hat man auch keine moralische Verpflichtung gesehen, die wird erst jetzt, zumindest verbal, übernommen, weil auch der internationale Druck größer geworden ist. Ansonsten haben sich die Firmen ja nie rechtfertigen müssen. Ihre Antworten auf entsprechende Anfragen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen waren teilweise sehr zynisch. Zum Beispiel hat eine Baufirma auf die Anfrage eines KZ-Häftlings geantwortet: „Wir haben ohnehin für Ihre Arbeitskraft an die SS bezahlt, daher sehen wir uns außerstande, Ihnen etwas zu zahlen.“ So in dieser Art lauteten die Antworten von Firmen. Es hat im Grunde überhaupt kein Unrechtsbewusstsein gegeben, weder bei den Firmen noch in der Öffentlichkeit. Und ich befürchte, auch bei der jetzigen Debatte wurde bisher viel zu wenig vermittelt, welches Unrecht diesen Menschen angetan wurde.

Warum wird gerade jetzt die Frage nach der Verantwortung österreichischer Unternehmen und der Entschädigung von Zwangsarbeit gestellt?

Ich glaube, dass hier mehrere Faktoren ganz wesentlich sind: Erstens einmal die völlig veränderte politische Situation in Europa durch das Ende des Kalten Krieges, durch die Ostöffnung, was ganz andere politische Kontakte möglich gemacht hat. Bis dahin lautete die Begründung ja immer: „Bis zu einem Friedensvertrag wird mit diesen Ländern über diese Fragen nicht verhandelt.“ Der zweite und meiner Meinung nach wichtigste Grund ist die Möglichkeit, die das amerikanische Recht geboten hat, mit sogenannten class actions, also > Sammelklagen, gegen die Firmen vorzugehen. Das ist im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung der Globalisierung zu sehen. Es gibt kaum eine größere österreichische Firma, die nicht irgendetwas mit den USA zu tun hat. Sobald es eine Geschäftsverbindung gibt, kann eine solche

Klage in den USA eingebracht werden. Das sind meiner Meinung nach die zentralen Gründe, warum die Entschädigungsfrage heute debattiert wird. Der letzte Grund ist auch im Zusammenhang mit dem Generationswechsel zu sehen. Die Kriegsgeneration ist heute in einem sehr hohen Alter, gleichzeitig ist aber eine jüngere Generation nachgekommen, die einfach sagt: „Das ist Unrecht, darüber muss man reden, und es muss – auch im Nachhinein und auch, wenn es nur symbolisch ist – entschädigt werden.“ Das ist eine, wenn man so will, „zornige“ jüngere Generation, die keine großen Rücksichten auf Empfindlichkeiten nimmt, auch nicht auf Empfindlichkeiten in Österreich. Ich glaube, diese Gründe haben eigentlich erst bewirkt, dass auch in Österreich langsam eine solche Diskussion vorankommt. Ich befürchte nur, vor den Wahlen im Herbst 1999 wird in dieser Hinsicht nichts mehr passieren, und nach den Wahlen wird alles wieder offen sein.

Einige österreichische Unternehmen haben nun Forschungsteams

**eingesetzt,
die das Ausmaß von Vermögensentzug durch Zwangsarbeit erforschen sollen.
Werden die Ergebnisse dieser Teams eine Grundlage für künftige
Entschädigungsleistungen liefern?**

Genau darum geht es. Ich glaube, die klügeren Firmenmanagements haben erkannt, dass es besser ist, genau Bescheid zu wissen und nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Es muss garantiert sein, dass all diese Forschungsteams völlig unabhängig arbeiten und dass ihre Ergebnisse ohne jeden Eingriff, ohne jede Einflussnahme von Seiten der Firmen publiziert werden. Daher sind sehr interessante Ergebnisse zu erwarten. Für die Firmen geht es darum, in irgendeiner Weise mit dieser Situation umzugehen. Für die heutigen Firmen, zumindest für die großen Firmen, stellt sich das Problem, dass in der Regel der Imageschaden, der durch die langwierigen Diskussionen über diese Fragen entsteht, viel größer ist als das, was sie tatsächlich an Entschädigungen zahlen würden. Das ist das Hauptmotiv für die Firmen. Die großen Firmen müssten eigentlich Interesse an einer einvernehmlichen Regelung dieser Fragen haben. Aber einige Firmen stecken halt den Kopf in den Sand und lassen es auf Klagen ankommen. Das halte ich allerdings für keine sehr kluge Strategie.

**Welcher Unterschied besteht zwischen der von der Regierung
eingesetzten Historikerkommission und den von Firmen finanzierten
Forschungsteams?**

Zwischen den von Firmen finanzierten Forschungsteams und der Historikerkommission liegt der Unterschied in der Dimension. Die Untersuchungen zu einzelnen Firmen behandeln Spezialfragen, an deren Beispiel man allerdings sehr viel an allgemeinen Vorgängen auf diesem Gebiet aufzeigen kann. Die österreichische Historikerkommission muss demgegenüber sehr viel umfassender an die Frage herangehen, weil auch Vorgänge betroffen sind, mit denen die Firmen nur zum Teil etwas zu tun hatten, und die man in einem größeren Zusammenhang sehen muss. Das betrifft jede Form von „Arisierung“, Enteignung von Grundstücken, also Immobilien, Enteignung von betrieblichem Eigentum. Es betrifft genauso Berufsverbote, es betrifft die nationalen Minderheiten und deren teilweise oder völlige Enteignung, wie zum Beispiel die Roma und Sinti. In einem allgemeineren Sinn betrifft das auch die Zwangsarbeit. Von Seiten der Historikerkommission hat man ein Interesse daran, zum Beispiel das Thema Zwangsarbeit in der Landwirtschaft aufzuarbeiten, weil klar ist, dass kein noch so großer Gutsbetrieb ein eigenes Forschungsteam finanzieren kann. Das ist natürlich eine staatliche Angelegenheit, ebenso wie die Erhebung österreichweiter Zahlen, die Analyse der damaligen Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung. Daher ist es meines Erachtens absolut notwendig, die Frage der Zwangsarbeit im Rahmen der Historikerkommission zu untersuchen.

**Befinden sich die Historikerkommission und die Forschungsteams nicht in einem
Konflikt zwischen komplexen Erklärungsmodellen der historischen Forschung
einerseits und andererseits der Erwartung der Öffentlichkeit, dass es klare,**

eindeutige Fakten und Zahlen geben wird?

Ich glaube, man muss beides verbinden, und es ist auch die Aufgabe der HistorikerInnen, die für die Kommission arbeiten werden, dass sie sich eben nicht nur auf das eine oder auf das andere beschränken. Es ist eine klassisch historische Arbeit gefordert, wobei natürlich ein Schwerpunkt auf der Recherche von sogenannten Fakten liegen wird: Wie hoch war der Vermögensentzug da oder dort? Wie und wieviel wurde nach 1945 rückgestellt und entschädigt? Es geht also um die berühmten „W-Fragen“ – wer, wie, wo, was, wann, warum –, dazu gehören aber auch komplexe Analysen. Dieselben Fragen muss man für die Zweite Republik untersuchen. Und da gehört wiederum beides dazu: Auf der einen Seite steht die reine Faktizität – wieviel wurde denn eigentlich zurückgegeben? Und auf der anderen Seite die Erklärung, warum wurde was zurückgegeben oder nicht zurückgegeben, warum wurde entschädigt und warum nicht. Das sind alles Fragen, die man klären muss, und insofern findet diese Teilung zwischen Faktizität und Theorie eigentlich nicht statt. Es soll eine solide historische Arbeit geleistet werden. Es ist allerdings eine sehr eingeschränkte Fragestellung, die Frage des Vermögensentzugs ist nicht eine Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich, sondern sie ist ein Teil dieser Geschichte. Und ich befürchte, dass alle anderen Bereiche der Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich weiterhin eben nicht erforscht werden. Ich befürchte, dass man nach dem Endbericht der Historikerkommission erst recht keine Forschungsprojekte zum Thema Nationalsozialismus mehr fördern wird. Es gibt aber noch viele offene Fragen, z.B. ist die ganze NS-Täterseite noch nicht erforscht. Es gibt hunderte ganz wichtige Fragen, die international bereits diskutiert werden und die in Österreich seit Jahrzehnten in der Forschung blockiert sind, weil es dafür keine Finanzierung gibt und weil die Widerstände in der Politik in den letzten Jahrzehnten viel zu groß waren. Die Ausrede wird dann sein: „Jetzt haben wir eh schon so viel Geld in eine Historikerkommission investiert, jetzt muss einmal etwas anderes gemacht werden.“

Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland schon Modelle für Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen?

Dort wird diese Frage schon wesentlich konkreter verhandelt als bei uns. In Deutschland sind zwei verschiedene Fonds in Diskussion, die man bis zum 1. September einrichten will. Ein Fonds soll von Firmen finanziert werden und ist für die Personen gedacht, die bei diesen Firmen Zwangsarbeit geleistet haben. Ein weiterer Fonds wird voraussichtlich von der deutschen Regierung eingerichtet für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, für die keine Firmengelder vorhanden sind. Man verhandelt derzeit über die Höhe der Entschädigungssumme, die zwischen 5000 und 10.000 Mark liegen soll und die direkt an die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen ausbezahlt werden wird. Es gibt allerdings noch eine Menge juridischer Probleme, weil die Firmen natürlich eine Konstruktion finden wollen, mit der sie künftigen Klagen entgehen können.

Welche Möglichkeiten der finanziellen Entschädigung für Zwangsarbeiter – Individualentschädigung, Globalentschädigung, eine symbolische Summe oder die Auszahlung der Lohndifferenz – werden derzeit in Österreich diskutiert?

Es kann letztendlich ja nur um symbolische Summen gehen. Wie will man etwa eine Zwangsarbeiterin entschädigen, die hier ein Kind bekommen hat, das ihr nach der Geburt weggenommen wurde, das man mit Absicht in sogenannten Kinderheimen für „Ostarbeiterinnen“ verhungern oder sonst irgendwie zu Tode kommen hat lassen? Wie will man solche Dinge entschädigen? Es kann immer nur um symbolische Summen gehen. Und ich glaube, das sollte auf jeden Fall in Form einer Individualentschädigung geschehen, die direkt an die einzelnen Betroffenen geht. Stellen Sie sich einmal vor, was es für ehemalige ZwangsarbeiterInnen bedeutet, die heute in der Ukraine, in Polen oder anderswo im Elend leben und fast keine Pensionen bekommen, wenn ihnen jetzt in Devisen eine bestimmte Summe ausbezahlt wird. Dann können sie wenigstens jetzt, im hohen Alter, vernünftig leben. Das sollte man auf jeden Fall machen und nicht zu lange warten, denn mit jeder Woche, die man noch wartet, sterben wieder einige. Diese

Strategie, alles in die Länge zu ziehen, weil das billiger kommt – nach der alten Devise seit 1945, wie Robert Knight in seinem Buch „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen ...“ bereits nachgewiesen hat –, empfinde ich als ziemlich schäbig.

Dr. Florian Freund ist Historiker, Univ.Lektor am Institut für
Zeitgeschichte der Universität Wien,
Forschungsschwerpunkte: Kriegswirtschaft, Zwangsarbeit,
Konzentrationslager, Verfolgung der österreichischen
Roma und Sinti im Nationalsozialismus